Aus der GESCHICHTE DRESDENS

Dieses Blatt wird bei Anfang von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** ausgegeben und erscheint in der Gesamtausgabe morgen in einer Gesamtausgabe erscheint.

63. Jahrgang. № 201. Mittwoch, 23. Juli 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zustellung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 3.60 M., monatlich 1.20 M. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einspaltige An- und Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 10 Pf.
Anzeigen-Preise.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Erschütterung des französischen Kabinetts.

Die Clémenceau-Krise.

Genf, 21. Juli. Frankreichs gesamte sozialistische Presse fordert schon jetzt den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Sie wird in dieser Forderung unterstützt durch den „Matin", der in diesem günstigen Augenblick den Angriff gegen Clémenceau wieder aufnimmt und höhnisch bemerkt, der einzige Grund, daß die anderen Minister nicht gestürzt wurden, sei der, daß sie nicht im Saale gewesen seien. Auch in den gemäßigten republikanischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß Clémenceau in einer schlechten Haut stecke. „Leider," schreibt das „Journal des Débats", „enthält die innere politische Lage viele Elemente der Schwäche, die durch den Rücktritt Boretts nicht beseitigt sind, und Clémenceau hat noch manche Hindernisse vor sich." Treu halten zu Clémenceau nur noch seine klerikalen Freunde, die im „Figaro" und in der „Action Française" für ihn eintreten. Diese Elemente fürchten nichts so sehr, wie ein Aufkommen Briands, der, wie man sich jetzt erinnert, vor dem Gerichtshof des Senats eine leidenschaftliche Verteidigungsrede für Malvy gehalten hat, und der auch sonst die terroristische Politik des jetzigen Kabinetts nicht billigt. Was diese Kreise fürchten, das spricht der klerikale Lyoner „Nouvelliste" aus, der schreibt: „Was würde folgen, wenn Clémenceau stürzt? Man braucht, um das zu wissen, nur die Haltung der Freunde Caillaux' zu betrachten. Es wäre die Amnestie für Malvy und die Befreiung Caillaux'". Briand hat am Freitag zum ersten Male offen gegen das Ministerium Clémenceau gestimmt. Seine und seiner Freunde Taktik wird jetzt darauf hinauslaufen, die einzelnen Minister Clémenceaus anzugreifen und zu Fall zu bringen, was namentlich bei Pichon und dem sehr unbeliebten Finanzminister Klotz Erfolg verspricht. Clémenceau aber seinerseits kann nun nicht mehr seine Minister allein in die Kammer gehen lassen, er wird an ihrer Seite stehen müssen und will, wie man sagt, in jedem Falle die Vertrauensfrage über die gesamte Politik seines Ministeriums stellen. Das ist natürlich stets eine sehr starke Waffe. Der nächste Zusammenstoß findet am Dienstag statt.

Deutschlands Kohlentribut.

Versailles, 21. Juli. Heute fand hier die erste Besprechung zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und denen der deutschen Regierung über die von Deutschland zu leistenden Kohlenlieferungen statt. Die verbündeten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die vom September an etwa möglichen Lieferungen.

Der Fall Manheim.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 22. Juli. Zur Bemerkung der französischen Presse, daß die deutsche Regierung im Falle Manheim kein Recht habe, sich auf das Völkerrecht zu berufen, weil angeblich die frühere deutsche Regierung das Völkerrecht verletzt habe, sagt „N. R. C.", damit sei noch nicht bewiesen, daß die französische Bußeforderung mit dem Völkerrecht vereinbar sei. Uebrigens habe die ganze Sache mit der Beleidigung der französischen Uniform gar nichts zu tun. Es handele sich um einen Fall, wie deren viele in Rotterdam vorkämen, wenn ausländische Matrosen und Soldaten sich in den nächtlichen Verkehr mischten.

Französische Kultur.

Laut der „Köln. Ztg." macht der Chef der Militärverwaltung des Untersahnkreises bekannt, seit einiger Zeit seien im Bereich der französischen X. Armee Angriffe auf Frauen und Mädchen begangen worden, verschiedenen die Haare abgeschnitten, der Körper mit Wichse beschmiert, die Namen anderer mit verleumderischen Bemerkungen angeschrieben worden. Die Behörden dürften diesen Vorfällen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Der Oberbefehlshaber der Armee habe deshalb vorgeschrieben, daß jedesmal, wenn bei einem solchen Vergehen die Schuldigen nicht binnen 48 Stunden festgenommen seien, der Bürgermeister wegen Vernachlässigung des Dienstes vor das niedrige Militärpolizeigericht gestellt würde. Die Urheber der Angriffe würden wegen Vergewaltigung, Vergehens gegen die Sittlichkeit oder Aufreizung zum Aufruhr vor das Kriegsgericht gestellt.

Saarbrücken, 22. Juli. Der hier in Untersuchungshaft befindliche Bürgermeister v. Völklingen wurde tot in seiner Zelle aufgefunden. Er sollte für die von ihm als Hauptmann der Landwehr und Kommandeur eines Pionierbataillons angeblich angerichteten planlosen Zerstörungen von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden.

Foch Ehrenbürger von London.

Haag, 22. Juli. Marschall Foch hat, einer Pariser Meldung zufolge, die ihm angetragene Ehrenbürgerschaft von London angenommen. Die Feierlichkeit der Uebernahme selbst konnte jedoch noch nicht stattfinden, da Foch plötzlich nach Paris reisen mußte. Man bringt diese Reise mit der deutschen Ablehnung in Zusammenhang, die geforderte 1 Million Mark Geldbuße für die Ermordung des französischen Unteroffiziers Manheim zu zahlen.

Mexikos Konflikt mit Amerika.

Amsterdam, 22. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung bei der mexikanischen wegen der am 6. Juli in der Nähe von Tampico erfolgten Beraubung amerikanischer Matrosen des amerikanischen Monitors „Cheyenne" Vorstellungen erhoben hat. Das Kriegs- und Marinedepartement [illegible] den Raub des Boots abzustreiten.

Der mißglückte Proteststreik.

„Besser wäre man zu Hause geblieben."

Berlin, 22. Juli. Die von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Demonstrationsversammlungen wurden von den Unabhängigen nach einem einheitlichen Plan, dem „Vorwärts" zufolge mit dem sympathisierenden Janhagel, ohne Ausnahme gesprengt. Zu einem blutigen Zusammenstoße kam es im Gewerkschaftshause, wo der „Vorwärts"-Redakteur Kutiner sprach. Seine Worte gingen alsbald in dem Lärm unter. Als die Versammlungsleitung für Vertagung eintrat, bis die Ruhe wiederhergestellt sei, begannen die Unabhängigen und Kommunisten eine allgemeine Schlägerei. Zahlreiche Personen wurden verletzt, darunter auch der Redner. Plötzlich ertönten fünf oder sechs Revolverschüsse, worauf sich der Saal schnell leerte. Tische und Stühle lagen zertrümmert umher. Die Verletzten wurden nach dem benachbarten Krankenhause gebracht. Auf dem Fußboden und den Treppen waren Blutspuren zu sehen.

Statt Völkerversöhnung Bruderkampf, so überschreibt der „Vorwärts" seine Betrachtung über den gestrigen Tag. Ein Tag der Hoffnung sollte es sein, ein Zeichen der wiedererwachenden Versöhnung, des Verständigungswillens unter den Menschen. Was ist er geworden? Wütendster, leidenschaftlicher Kampf der Arbeiterklasse untereinander, haßerfüllter Bruderstreit, ein wildes Drauflosschlagen in der gewaltigsten Form. Das Versammlungsleben der Berliner Arbeiterschaft hat einen noch nicht dagewesenen Tiefstand erreicht. Besser wäre es gewesen, man wäre zu Hause geblieben, als daß man sich vor der Welt mit dieser Schande belastete.

Der „Feiertag" im Reich.

Bremen, 22. Juli. Die angekündigten großen Demonstrationszüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind von der Kommandantur verboten worden. Im Arbeiterviertel wurden Flugblätter verteilt, die zum Protest der Arbeiterschaft gegen das Versammlungsverbot aufforderten. Zum Teile wurde dem Protest Folge geleistet, indem verschiedene Betriebe die Arbeit niederlegten. In der Stadt selbst herrscht Ruhe.

Essen, 22. Juli. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist die Generalstreikparole nur vereinzelt und in ganz geringem Umfange befolgt worden. Im Ruhrbergbau streikte nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Bergleuten auf vereinzelten Schachtanlagen im Dortmunder, Wittener und Oberhausener Bezirk. Die Industriearbeiterschaft ist nur in Duisburg und Dortmund einigermaßen vollständig in den Ausstand getreten. In Dortmund ruhte vormittags auch der Straßenbahnverkehr. Trotz militärischen Verbots wurden große Demonstrationszüge mit Musik veranstaltet, die vom Militär unbehelligt blieben. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

München, 22. Juli. In München wurde in allen Betrieben, von einigen gewohnheitsmäßigen Blaumachern abgesehen, gearbeitet. Das Verkehrspersonal hatte beschlossen, sich von dem Streik fernzuhalten. Kundgebungen und Demonstrationen fanden nicht statt. Dagegen haben die Unabhängigen in Nürnberg den Generalstreik erklärt. Die Mehrheitssozialisten fügten sich.

•

Generalstreik in Wien.

Wien, 21. Juli. Wien stand heute im Zeichen des Generalstreiks. Mit Ausnahme der Bäckerläden und Lebensmittelgeschäfte, die in den ersten Morgenstunden offen hielten, waren alle Geschäfte, Kaffees und Gasthäuser, sowie Kaufläden durchweg geschlossen. Der Verkehr der Straßenbahnen war vollkommen eingestellt. Die von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei veranstalteten Versammlungen und Straßenumzüge nahmen einen vollkommen ruhigen Verlauf.

Der „Protest" des Auslandes.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 22. Juli. Der internationale Proteststreik ist in Rotterdam unbemerkt vorübergegangen. Das Revolutionäre sozialistische Komitee hatte verschiedene Versammlungen abgehalten, die aber ruhig verlaufen sind. In einem Bezirk des Maashafens legte gestern früh ein Teil der Arbeiter für einige Stunden die Arbeit nieder. Von einem allgemeinen Streik war nichts zu bemerken. Aus Amsterdam wird gemeldet: Die niederländische Gewerkschaftsvereinigung hatte sich geweigert, an dem Streik teilzunehmen. In den Gaswerken streikten nur 200, von der Straßenbahn 80 Mann. Der Verkehr wurde in keiner Weise gestört.

Genf, 22. Juli. Nach Telegrammen aus Paris ist der gestrige Tag in Paris ohne Zwischenfälle verlaufen. Von irgend einer größeren Demonstration der Arbeiterschaft war nichts zu merken. In allen Fabriken und Betrieben wurde gearbeitet. Nur in der Vorstadt St. Antonie kam es zum Versuche eines Demonstrationsumzuges, an dem sich aber kaum 100 Anarchisten und Syndikalisten beteiligten.

London, 22. Juli. Aus London wird gemeldet: In London zeigte sich das Bild am Montag wie alle Tage. Nirgends kam es zu Versuchen einer Demonstration oder einer Kundgebung für den Weltfrieden. Vor- und Untergrundbahnen verkehrten wie alle Tage. Auch im englischen Industriegebiete, in Manchester, Glasgow und Birmingham verhielt sich die Arbeiterschaft teilnahmslos. Nur in Liverpool versuchten die Hafenarbeiter Umzüge zu veranstalten.

Der österreichische Friedensvertrag.

St. Germain, 21. Juli. An den wirtschaftlichen Klauseln des ersten Teiles der österreichischen Friedensbedingungen ist nur wenig geändert worden. Die zahlreichen überzeugend begründeten Einwendungen sind dabei insoweit berücksichtigt, als die Frist abgekürzt wurde, für welche die Bestimmungen des Friedensvertrages über Zollordnung, Zölle und Zollbegrenzungen gelten sollen, statt 5 Jahre 3 Jahre, und die Liquidation des deutsch-österreichischen Vermögens durch die Nationalstaaten aufgehoben wurde. Bezüglich der Schulden wurde die Entscheidung des gemischten Schiedsgerichts als endgültig und für die Parteien rechtsverbindlich erklärt. Die früher sehr weit gehenden Belugnisse der gegnerischen Staaten betr. Ausübung und Ausnutzung des literarischen, künstlerischen oder gewerblichen Eigentums werden eingeschränkt. Wichtig ist, daß alle Staaten, an die österreichische Gebiete übergegangen sind, oder die auf österreichischem Gebiet entstanden sind, die literarischen, künstlerischen und gewerblichen Schutzrechte anzuerkennen haben, die im Augenblick des Ueberganges oder der Entstehung des neuen Staates dort in Kraft waren. Aehnlich dem deutschen Friedensvertrage wird auch den deutsch-österreichischen Staatsangehörigen das Recht eingeräumt, wegen solcher Schädigungen Ersatzansprüche zu erheben.

Wien, 21. Juli. Die militärischen Bestimmungen in dem heute überreichten Friedensvertrage verpflichten Deutsch-Oesterreich zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Bildung eines Berufsheeres auf Grund freiwilliger Verpflichtung mit dem Höchstbestande von 30000 Mann einschließlich der Offiziere und der Depots. Innerhalb eines Höchstbestandes wird eine gewisse Freiheit der Organisation zugestanden, indem nicht die Zahl und Art der höheren Einheiten, sondern nur ihre Zusammensetzung vorgeschrieben werden. Die Höchstzahl der Offiziere wird mit 1500, die der Unteroffiziere mit 2000 festgesetzt. Die Dienstzeit soll wenigstens 20 Jahre für Offiziere und 12 Jahre für Unteroffiziere betragen. Die Herabsetzung der österreichischen Streitkräfte soll binnen drei Monate nach Unterzeichnung des Vertrages durchgeführt sein. Innerhalb dieser Frist soll auch alles überzählige Kriegsgerät abgeliefert und die Herstellung solchen Geräts auf eine staatliche Fabrik beschränkt sein. Im einzelnen enthalten die militärischen Bestimmungen ähnliche Einschränkungen wie der Deutschland auferlegte Vertrag.

Die Aufnahme in Oesterreich.

Wien, 21. Juli. Die Bedingungen des Verbandes sind der Bevölkerung in Deutschösterreich infolge des Streiks bei den Zeitungen im großen und ganzen noch vollständig unbekannt geblieben. Nur ein kleiner Kreis von Journalisten und Politikern hat Gelegenheit gehabt, sich mit ihrem Inhalt vertraut zu machen. In diesen Kreisen herrscht über die Härte der Bedingungen, die die schlimmsten Erwartungen übertreffen, nur die einstimmige Niedergeschlagenheit. Man ist geradezu niedergeschmettert über die Härte dieser Bedingungen. Das gilt in gleichem Maße bezüglich der finanziellen und Wirtschaftsbedingungen wie hinsichtlich der Gebietsfragen. Was die letzteren betrifft, so bilden den einzigen Lichtblick die Bestimmungen über Kärnten. Es ist anzunehmen, daß die Abstimmung, die in Kärnten vorgenommen wird, tatsächlich trotz aller südslawischen Gewalttaten zugunsten Oesterreichs ausfallen wird, so daß Klagenfurt und seine Umgebung bei Deutschösterreich bleiben werden. Die Steiermark geht, selbstverständlich auch Marburg mit seinen 80 Prozent Deutschen an den südslawischen Staat verloren. Eine sehr schwache Kompensation wird Deutschösterreich im Osten durch Ungarn angeboten, wo zwar das reiche, fruchtbare Gebiet von Oedenburg bis an den Neusiedlersee an Oesterreich fallen soll, damit aber nur ein ganz verschwindend kleiner Teil des deutschen Gebietes Westungarns. Das übrige wird zum Teil an die Tschecho-Slowakei fallen. Im Süden sind die Grenzen gegenüber der Tschecho-Slowakei außerordentlich ungünstig. Der tschechische Staat dringt bei Znaim und bei Gmünd tief in rein deutsches Gebiet ein.

Was die wirtschaftlichen Bedingungen betrifft, so werden sie als vollständig ruinös für Deutschösterreich bezeichnet. Das arme Deutschösterreich ist nicht imstande, diese Bedingungen zu erfüllen. Besonders raffiniert ist die Bestimmung, daß die anderen Staaten nicht verpflichtet sind, ihren Untertanen die Zinsen der Kriegsanleihe, die von ihnen gezeichnet wurde, zu zahlen. Das richtet sich insbesondere gegen die Deutschen in der Tschecho-Slowakei, die besonders eifrig Kriegsanleihe gezeichnet haben und deren Vermögen dadurch ruiniert wird. Da auch viele Deutschböhmen und Deutschmährer ihre Werte in österreichischen Sparkassen angelegt haben, werden diese dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die Stimmung ist verzweifelt.

Die Pariser Presse über den Vertrag.

Versailles, 21. Juli. Der gestern überreichte Friedensentwurf hat keine gute Presse. „Echo de Paris" sagt: Man kann eine Volksmasse, die so bedeutend ist, wie der germanische Block zwischen Rhein und Weichsel, nicht vernichten. Selbst wenn der Vertrag von Versailles dem Buchstaben nach ausgeführt wird, wird das Deutsche Reich schon allein durch seine Massen mächtig bleiben, und mit seinen 6 bis 7 Millionen Einwohnern wird Oesterreich glatt unter die Verwaltung der Alliierten gestellt. Die Wiedergutmachungskommission wird über Oesterreich herrschen. — „Journal" sagt: Hier wird kein Friede geschlossen, hier wird einfach liquidiert. — Auch „Figaro" ist skeptisch. Die Oesterreicher werden durch den Vertrag instinktiv dazu getrieben, Hilfe bei Deutsch-